

Wasser ja, Sonne na ja, Wind nein

Eine neue Umfrage liefert Anhaltspunkte zum grossen Abstimmungskampf ums Stromgesetz.

Benjamin Rosch

Es ist die zentrale Frage einer Vorlage, über die das Schweizer Stimmvolk am 9. Juni entscheidet: Soll in den Alpen mehr Strom aus erneuerbarer Energie produziert werden? Eine Umfrage der Agentur Sotomo im Auftrag des Energieversorgers BKW liefert dazu wenige Wochen vor dem Urnengang zum Stromgesetz neue Erkenntnisse.

Gemäss Umfrageresultaten darf das Ja-Lager schon bald einmal den Champagner für den Abstimmungsantrag kalt stellen. Eine deutliche Mehrheit von 73 Prozent aller Befragten steht hinter Energieprojekten für Erneuerbare in den Alpen.

Der Grund liegt gemäss Sotomo-Geschäftsführer Michael Hermann unter anderem im Wunsch nach mehr Energieunabhängigkeit der Schweiz – eines der zentralen Argumente, die Energieminister Albert Rösti (SVP) derzeit im Abstimmungskampf ins Feld führt. Als fast ebenso bedeutsam wird die Nachhaltigkeit dieser Energieproduktion empfunden.

Wasserkraft genießt viel Unterstützung

«Wirtschaftliche Aspekte, wie die Schaffung neuer Arbeitsplätze oder die Förderung der regionalen Wirtschaft, werden zwar auch als Chance erkannt, jedoch weniger häufig genannt», heisst es in der Studie. Für jene Menschen, die in den Alpen leben, ist hingegen vor allem die Versorgung aus lokalen Quellen wichtig. «Massnahmen zur Förderung der autarken Energieversorgung in den Alpenregionen dürften entsprechend auf breite Zustimmung stossen und somit ein vielversprechender Ansatz sein, um die Akzeptanz von Energieprojekten im Alpenraum zu fördern», schlussfolgern die Studienautoren.

Bedenken gibt es jedoch bezüglich der Ästhetik der Anlagen im Landschaftsgefüge und der Verträglichkeit mit Wild- und Nutztieren. Interessant ist, wie unterschiedlich die Befragten



Wasserkraft genießt in der Schweiz grossen Rückhalt.

Bild: Gian Ehrenzeller/Keystone (Lago Bianco, 28. September 2023)

die Nutzung der Energieträger beurteilen. Die grössten Hoffnungen der Bevölkerung ruhen demzufolge klar auf der Wasserkraft. Etwas mehr als 80 Prozent der Befragten geben an, dass mehr in diese Energieproduktion investiert werden sollte. Der Unterschied zwischen alpinen Bevölkerung und dem Rest der Schweiz ist dabei sehr gering: Die potenziell Direk-

teffenen (85 Prozent) wünschen sich den Ausbau sogar noch etwas stärker.

Auch das ist Wasser auf die Mühlen der Stromgesetz-Befürworter. Der Ausbau mithilfe von 16 Stausee-Projekten ist eines der Kernelemente der Vorlage vom 9. Juni. «Mit diesen Resultaten zeigt die Studie, dass das Hauptanliegen des Stromgesetzes mehrheitsfähig ist», lässt

sich die BKW zitieren. Der Stromkonzern befürwortet die Vorlage. Dieser hohe Wert ist angesichts der Vehemenz, mit der Wasserkraft-Projekte teilweise juristisch bekämpft werden, erstaunlich.

Windkraft fällt stark ab

Etwas anders sieht es bei den alpinen Solaranlagen aus. Zwar geniessen diese mit rund 61 Prozent Zustimmung immer noch einen stabilen Rückhalt in der Bevölkerung. Allerdings ist die Marge im alpinen Raum mit rund 56 Prozent Zustimmung relativ klein. Dies spiegelt sich auch immer wieder in lokalen Abstimmungen wider, die derzeit im Rahmen des Solar-expresses stattfinden.

Zwar ist noch immer die Mehrzahl der Projekte in kommunalen Abstimmungen gutgefallen. Doch sind vor allem seit vergangener Herbst immer wieder mittlere und grössere Vorhaben abgestürzt.

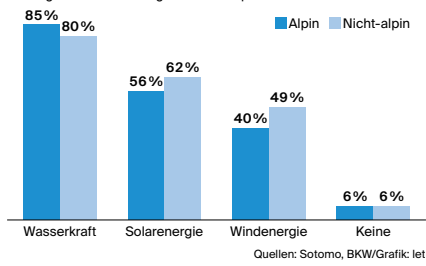
Den erwartungsgemäss schwersten Stand hat die Wind-

kraft im alpinen Raum. Weder bei Berglern noch bei Städterinnen erreicht die Windenergie Zustimmungswerte von über 50 Prozent. Daraus dürfen vor allem die Gegner des Stromgesetzes Hoffnung schöpfen: Ihre Kampagne setzt stark auf die abschreckende Wirkung von Windturbinen inmitten unberührter Landschaften. Eine wichtige Rolle spielt dabei der Tourismus. Nur noch 32 Prozent der Befragten geben an, die Schweiz solle Windkraft-Anlagen in touristischen Gebieten der Alpen bauen.

Die Daten für die Befragungsstudie hat Sotomo zwischen dem 12. und 26. Januar dieses Jahres erhoben. Nach Bereinigung und Kontrolle der Daten konnten die Angaben von 8829 Personen für die Auswertung verwendet werden. «Die Ergebnisse sind repräsentativ für die sprachlich integrierte Wohnbevölkerung der Deutschschweiz und der französischsprachigen Schweiz ab 18 Jahren», schreibt dazu das Umfrageinstitut.

Investition in Energieproduktionsanlagen

Umfrage: In welche Anlage sollte im Alpenraum investiert werden?



Die Verwendung des Hakenkreuzes wird strafbar

Wer heute eine Nazi-Fahne kauft, kommt unter Umständen ungeschoren davon. Das soll sich ändern.

Michael Graber

Nazi-Symbole sollen in der Schweiz bald verboten werden. Der Nationalrat hat am Mittwoch mit grosser Mehrheit eine Motion angenommen, die ein generelles Verbot von «rassendiskriminierenden, gewaltverherrlichenden oder extremistischen Symbolen» fordert. Diese soll aber stufenweise umgesetzt werden, wie Bundesrat Beat Jans

sollen öffentlich nicht verwendet werden dürfen», so Jans. Den Anstoss, ein Verbot für alle extremistischen Symbole vorzulegen, gab der Ständerat. Die Ständesvertreter stürzten sich an einem zu spezifischen Gesetz. Justizminister Jans begründete die gestaffelte Umsetzung mit der zuletzt stark angestiegenen Zahl antisemitischer Vorfälle.

Einzig die SVP wehrte sich gegen ein Verbot solcher Sym-

bole der Fokus nicht auf Verbote, sondern auf Aufklärung gelegt werden. Doch statt Geschichte «setzt die Schulpolitik seit einigen Jahren vielmehr auf modische Woke-Themen wie Gender-Sensibilität, drittes Geschlecht und Gleichheit», sagt der Steinemann.

Wo bleibt das Verbot von Hammer und Sichel?

Mehrere Parlamentarier der

schen umgebracht worden als durch den Nationalsozialismus.

Kommissionssprecher Raphaël Mahaim (SP/VD) brachten diese Einwände nicht aus der Ruhe. Er betonte, das eine Verbot schliesse das andere nicht aus. Zuerst gehe es aber um die Nazisymbole, da hier schon viel Vorarbeit geleistet und das Anliegen rasch umsetzbar sei. Ungehalten auf die SVP-Fragen reagierte SP-Co-Präsident Cédric

von Hakenkreuz und Co. beschäftigt das Parlament seit Jahren. Der jüngste Effort geht eigentlich auf einen Vorstoss von Marianne Binder (Mitte/AG) zurück. Ihre explizite Forderung nach einem Verbot von Nazi-Symbolen wurde vom Ständerat breiter gefasst. Sie sagte zu CH Media vor der Behandlung im Nationalrat: Sie sei zuweilen etwas ratlos «ob all den absurden Debatten, die ihre doch

SP und Mitte streiten um das richtige Rezept

Gesundheitsinitiativen Gleich zu zwei gesundheitspolitischen Vorlagen kann sich die Stimmbevölkerung am 9. Juni äussern. Die Mitte will mit ihrer Initiative die steigenden Kosten im Gesundheitswesen dämpfen, die SP die Prämienzahler entlasten.

Die SP-Initiative verlangt, dass die Haushalte noch maximal 10 Prozent des verfügbaren Einkommens für die Krankenkassenprämien ausgeben. Die Kosten alleine für den Bund würden bis 2030 um 6,5 Milliarden Franken steigen.

Die Initiative zielt also darauf ab, die Kosten umzuverteilen – macht aber nichts gegen ihren Anstieg. Die Gegner sprechen deshalb von Symptombekämpfung. Die SP dreht nun den Spieß um. Als sie gestern den Abstimmungskampf eröffnete, sprach Co-Präsidentin Mattea Meyer natürlich davon, dass der Prämienwahnsinn gestoppt werden müsse.

Mehr Prämienverbilligung, mehr Kostensenkung

Interessanterweise verkaufte sie die Initiative aber auch als Mittel, um die Kostenexplosion zu stoppen. «Mit der Initiative bekommen wir die Gesundheitskosten in den Griff», sagte auch SP-Ständerat und Gewerkschaftsboss Pierre-Yves Mailard. Meyer wiederum sprach davon, dass das Parlament mit der Initiative einen Anreiz erhalten, Massnahmen gegen den Kostenanstieg zu ergreifen.

«Wegschauen würde für Bund und Kantone viel teurer», sagte Meyer. Ihre Logik: Müsstens Bund und Kantone mehr Prämienverbilligungen bezahlen, würden sie auch mehr Anstrengungen zur Kostensenkung unternehmen.

Mitte-Präsident Gerhard Pfister hat dafür nur ein Lächeln übrig: Die SP habe den Tatbeweis noch nicht erbracht, dass sie Probleme durch Sparen lösen könne. Das Parlament würde den Weg des geringsten Widerstandes gehen und einfach die Einnahmen erhöhen.

Grosses Sparpotenzial ohne Qualitätseinbusse

Die Mitte kämpft für eine Kostenbremse im Gesundheitswesen. Die Gesundheitskosten sollen an die gesamtwirtschaftliche Entwicklung und die durchschnittlichen Löhne koppeln. Die genaue Umsetzung überlässt die Partei dem Parlament. Die Gegner warnen vor einer Zwei-Klassen-Medizin. Gegen diesen Vorwurf wehrt sich die Mitte vehement. Es gehe darum, Kosten zu eliminieren und Ineffizienzen zu beseitigen, sagte am Mittwoch Lorenz Hess vor den Medien. Die Mitte verweist auf einen Bericht aus dem Jahr 2019, der ein Sparpotenzial von 6 Milliarden Franken ausmachte – ohne Qualitätseinbusse notabene. Die Rezepte gegen die Kostenexplosion seien bekannt.

ausführte. Bevor ein allgemeines Verbot ausgearbeitet wird, soll zuerst ein Gesetz gegen die Nazi-Symbole aufgegleist werden.

«Nationalsozialistische Symbole haben in einer modernen Gesellschaft keinen Platz. Sie

bole. Dieses brauche es schlicht und einfach nicht. Schon heute sei die Verwendung von Hakenkreuzen strafbar, wenn dabei der Nationalsozialismus verherrlicht werde, wandte Barbara Steinemann (ZH) ein. Sowieso

SVP fanden es zudem befremdend, dass zwar das Hakenkreuz rasch verboten werde, gleichzeitig aber nicht auch Hammer und Sichel, das Symbol des Kommunismus. Schliesslich seien durch den Kommunismus mehr Men-

Wermuth: Es sei «unangemessen für eine demokratische Institution, wie viel Energie hier darauf verwendet wird, den industriellen Massenmord an Menschen und den Faschismus zu verharmlosen.» Das Verbot

eigentlich sehr selbstverständliche Forderung ausgelöst hat».

Mit 132 zu 40 Stimmen bei 15 Enthaltungen ist die Schweiz nun zumindest ein grosses Stück näher an einem Verbot von rechtsextremen Zeichen.

sagte Pfister. Nur setze sie niemand um, weil alle Akteure ihre eigenen Interessen in den Vordergrund stellten. Die Kostenbremse sei eine Disziplinierungsmassnahme. Die auch die Mitte nötig hat. (dk)